

# Politik auf den Punkt gebracht

## Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2016/3 - 27. Februar 2016

Flüchtlingspolitik  
Bargeldobergrenze  
Glyphosat  
Landtagswahlkampf  
im Kreis Göppingen

### Flüchtlingspolitik

Diese Woche konnten wir nach langem Streit mit der SPD nun endlich das Asylpaket 2 im Bundestag beschließen.

Unser grundlegendes Ziel ist es, **deutlich schneller als bisher zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen unterscheiden**. Dazu wollen wir mehr Staaten als **sichere Herkunftsländer** ausweisen. Wer aus diesen Ländern kommt, dessen Asylverfahren kann dann innerhalb von drei Wochen abgeschlossen werden. Das gleiche gilt für **Asylbewerber, die ihre Mitwirkung verweigern**. Auch sie sollen dem **beschleunigten Verfahren** unterzogen werden. Bis zum Ende des Verfahrens werden alle Gruppen – als Menschen aus sicheren Herkunftsländern und oben genannte Personen - in **besonderen Erstaufnahmeeinrichtungen** untergebracht und nicht auf die Kommunen verteilt. Dort gilt eine verschärfte **Residenzpflicht und ein Arbeitsverbot**. Außerdem gibt es **Sachleistungen statt Bargeld**.

Für endgültig Ausreisepflichtige wird die **Unterstützung auf das absolut Notwendige begrenzt**. Dies gilt auch für diejenigen, die ihre Identität nicht preisgeben. **Abgelehnte Asylbewerber müssen schnellstmöglich abgeschoben** werden. Bund und Länder haben sich deshalb zu einer Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten verständigt. Nun ist es aber vor allem an den Bundesländern, die Abschiebungen auch konsequent umzusetzen. Beschlossen wurde unter anderem **Abschiebungen nicht mehr anzukündigen**. Außerdem werden mit dem Asylpaket II **gesundheitliche Abschiebehindernisse stark eingeschränkt**. Auch ein anderes wichtiges Abschiebehindernis wird behoben: Das **Fehlen von Papieren bei abgelehnten Asylbewerbern soll durch die zügige Beschaffung durch die Behörden behoben werden**. Mit den Herkunftsstaaten werden gleichzeitig **Rückübernahmeabkommen** ausgehandelt.

Mit der **Türkei ist die EU weiter in Verhandlungen**, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Auch hier gibt es Fortschritte, auch wenn durch den schrecklichen Bombenanschlag von Ankara ein gemeinsamer EU-Gipfel mit der Türkei nicht möglich war. Das soll Anfang März nachgeholt werden. Um die Überwachung der Seegrenze mit Griechenland zu verbessern, hatte die Türkei in der vergangenen Woche einem **NATO-Einsatz in der Ägäis** zugestimmt. Sie ist außerdem bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die von Schiffen der NATO oder der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zurückgebracht werden. Darüber hinaus hat die Türkei, die mit 2,5 Millionen Syrern die größte Zahl an Flüchtlingen beherbergt, bereits einiges getan, um diese von einer Weiterreise nach Europa abzuhalten, zum Beispiel indem sie ihnen die

Arbeitsaufnahme erleichtert. Nicht zuletzt hat Ankara eine Visumspflicht für Syrer, die aus sicheren Drittstaaten wie Jordanien oder dem Libanon kommen, sowie für Iraker, Iraner und Afghanen eingeführt.

Mir wird öfter vorgeworfen, dass Deutschland nationale Maßnahmen treffen müsse. Seit Herbst wird dies durch einer Vielzahl an Gesetzesinitiativen wie den beiden Asylpaketen gemacht. Außerdem wird häufig kritisiert, dass jede Einzelmaßnahme nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Jedem muss aber klar sein, diese **Krise lässt sich eben nachhaltig nur durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen regeln**. Wenn jede einzelne Maßnahme in ihrem Bereich greift, dann sind wir schon ein gutes Stück weiter. Daran arbeitet die Union. Viele Maßnahmen, wie die **Aussetzung des Familiennachzugs und die Einstufung von Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer**, hätte die Union allein schon seit langem beschlossen. Wir müssen uns aber auch immer mit unserem Koalitionspartner einigen und bei vielen Maßnahmen, etwa die sicheren Herkunftsländer, benötigen wir auch die Zustimmung der Grünen im Bundesrat. Das ist genau der Grund, warum es so enorm wichtig ist, dass es **bei den Landtagswahlen im März wieder zu unionsgeführten Bundesländern** kommt. Das würde sowohl beim Beschluss neuer Maßnahmen, wie bei der konsequenten Umsetzung etwa von Abschiebungen und Ausgabe von Sachleistungen vieles verbessern. **Wer dagegen die AfD wählt, der stärkt weiterhin eine rot-grüne Dominanz im Bundesrat, weil er die Union schwächt.**

Ich kann jeden verstehen, dem diese Krise nicht gefällt. Auch in der Union, einschließlich Bundeskanzlerin Merkel, hat sich niemand eine solche Entwicklung gewünscht, sie ist eben Folge weltpolitischer Entwicklungen, auf die wir nur begrenzt Einfluss haben. Aber einfach nur die Parole „Wir wollen das Problem nicht haben“ ist eben noch lange keine politische Lösung. Sie können mir glauben: Wenn es die Möglichkeit gäbe, dass wir die Krise mit zwei, drei schnellen Entscheidungen im Bundestag lösen könnten, dann würden wir das tun. Es gibt diese Möglichkeit aber nicht, und jeder, der diesen Eindruck erweckt, betreibt letztlich das Geschäft der AfD.

Die beschlossenen Maßnahmen und unsere weiteren Pläne sind sehr nachvollziehbar und ausführlich hier dargestellt: <https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-fluechtlingspolitik>

### **Bargeldobergrenzen**

In den letzten Wochen sind Pläne bekannte geworden, wonach Obergrenzen für Bargeldzahlungen eingeführt werden sollen. Ich bin klipp und klar gegen solche Obergrenzen: Bargeld ist für ein Instrument der Freiheit, da mache ich keine Einschränkungen mit. Es gibt hinreichen andere Möglichkeiten, um Straftaten wie Geldwäsche, Korruption und Terrorfinanzierung zu verhindern und aufzuklären. Dafür darf nicht in einem solchen Ausmaß in das private Leben und Wirtschaften der Bürger eingegriffen werden.

## **Glyphosat in Bier und Muttermilch?**

Eine gute Nachricht gibt es noch: Vor einigen Monaten hat die Grüne Bundestagsfraktion vermeldet, ein von ihr beauftragtes Labor habe Rückstände des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in Muttermilch gefunden. Hier kann jetzt endgültig Entwarnung gegeben werden: Das für gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständige Bundesinstitut für Risikobewertung hat die gleiche Untersuchung noch einmal mit wissenschaftlich zertifizierten Testmethoden wiederholt und sie haben keinerlei Rückstände gefunden. Das war auch so zu erwarten, denn das Mittel ist nicht fettlöslich, deshalb war ein Übergang in die Muttermilch extrem unwahrscheinlich, und die Ergebnisse der Grünen haben Fachleute deshalb sofort in Zweifel gezogen.

Was mich an diesem Vorgang aber wirklich schockiert ist die Meldung, dass die Grünen offenbar von Beginn an wussten, dass das von ihnen beauftragte Labor gar keine für diesen Analysen zugelassene Testmethode verwendet hat. Das hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten, dass jemand bereit ist, tausende von stillenden Müttern massiv zu verunsichern, nur um einen kleinen Propagandaerfolg zu erzielen. Wer einmal die Hintergründe genau erfahren möchte, dem empfehle ich diesen Artikel: <http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/glyphosat-zu-viel-laerm-ums-stillen-1.2865749>

Völlig absurd war diese Woche die Meldung, es gebe gefährliche, krebserregende Rückstände von Glyphosat in Bier. Auch dazu einige Fakten:

- Bier enthält rund 5% Alkohol, ein mit Sicherheit krebserregender Stoff. Pro Liter Bier sind das also 50 000 000 mg, demgegenüber wurden in der am stärksten belasteten Flasche Bier knapp 30 mg Glyphosat gefunden.
- Auch in alkoholfreiem Bier und auch in Fruchtsäften ist Alkohol enthalten. Alkohol ist ein natürlicher Stoff, der durch Gärung entsteht, und nie komplett aus Bier, Wein oder Saft zu entfernen ist. Deshalb darf handelsüblicher Apfelsaft ca. 0,3% Alkohol enthalten, ist also auch wenn man die gleichen Maßstäbe heranzieht krebserregend.
- Nicht die Weltgesundheitsorganisation WHO hat Glyphosat als vermutlich krebserregend eingestuft, sondern eine Unterorganisation, IARC, deren ausdrückliche Aufgabe es ist, nicht eine endgültige Bewertung abzugeben, sondern Anfangsverdacht zu prüfen. Diese Organisation hat Glyphosat als genauso gefährlich eingestuft wie Schichtarbeit, Arbeit in Friseurgeschäften, Mate-Tee und rotes Fleisch. Mit Sicherheit krebserregend ist nach deren Einstufung neben Alkohol auch Wurst und Schinken.
- Deutschland hat sehr, sehr strenge Regeln zu Rückstandsgehalten von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln. Wir arbeiten hier mit dem Sicherheitsfaktor 100. Damit ist sichergestellt, dass kein gesundheitlicher Schaden entstehen kann. Sie müssen übrigens täglich 1000 l Bier trinken, um auf den Grenzwert von Glyphosat zu kommen!
- Oft werden Belastungen verglichen mit dem Grenzwert, der für Trinkwasser gilt. Das ist unseriös. Denn bei Trinkwasser haben wir uns politisch – aus meiner Sicht auch völlig zu Recht – für eine faktische Null-Toleranz-Politik entschieden. Das heißt, wir machen bei Trinkwasser keine Prüfung, bis zu welcher Belastung ist ein Stoff gesundheitlich unbedenklich, sondern die

Grenzwerte orientieren sich schlicht an der Nachweisgrenze.

**Lebensmittel in Deutschland sind sicher und unbedenklich. Ich wünsche guten Appetit!**

### **Landtagswahlkampf im Kreis Göppingen**

Der Landtagswahlkampf im Kreis Göppingen ist in vollem Gange. Nächste Woche können wir am Dienstagabend mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt in Donzdorf, CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl und dem Außenpolitiker Roderich Kiesewetter MdB am Mittwoch in Göppingen, Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in Geislingen sowie am Samstag mit CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf in Bad Überkingen eine Vielzahl von politischen Verantwortlichen aus Bund und Land diskutieren.

Alle weiteren Termine finden Sie [hier](#) und auf den Webseiten von [Nicole Razavi](#) und [Simon Weißenfels](#). Unterstützen Sie unsere Kandidaten und nutzen Sie die Möglichkeit mit Politikern aus Bund und Land ins Gespräch zu kommen. Ebenfalls ans Herz legen möchte ich Ihnen den so genannten Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung, den Sie [hier](#) finden.

### **Aktuelle Pressemitteilung**

[Hermann Färber MdB: „Früh den Grundstein für gesunde Ernährung legen“](#)

CDU-Abgeordneter informiert über Bundesinitiative für gesundes Essen in Kitas und Schulen (24. Februar 2016)

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Beste Grüße

**Hermann Färber**



**Hermann Färber**

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | [hermann.farber@bundestag.de](mailto:hermann.farber@bundestag.de)